

Sichere Radverkehrsanlagen wiederherstellen

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Die Beueler SPD begrüßt das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln, dass die Stadt Bonn bis zur Entscheidung in der Hauptsache die sicheren Radverkehrsanlagen auf der für Beuel wichtigen Radverkehrsachse Oxfordstraße wiederherstellen muss.

Angesichts der Feststellung des Gerichts, dass die Maßnahme der Stadt Bonn vermutlich „offensichtlich rechtswidrig“ sei, fordert die SPD Beuel, dass die Stadt Bonn keine Revision einlegt. Stattdessen muss der für den Radverkehr gefährliche Zustand der neuerdings zu schmalen Radstreifen und der erzwungenen Umwege über Straßen mit Schienen oder sehr starkem Busverkehr sofort beseitigt werden.

Die kommunalpolitischen Mandatsträger:innen der SPD werden gebeten, sich in diesem Sinne in Gesprächen und bei Abstimmungen in kommunalen Gremien einzusetzen.

Auf der Adenauerallee soll der Zustand mit sicheren Radverkehrsanlagen ebenfalls wieder zügig hergestellt werden, auch wenn das Gericht hier noch keine Entscheidung getroffen hat. Alle rechtlichen Fragen und die Belange der Verkehrssicherheit sind hier aber identisch mit der Oxfordstraße.

Begründung

Für viele Beueler Bürger:innen, darunter Kinder und Jugendliche ohne Führerschein, ist die Achse über Kennedybrücke, Berta-von-Suttner-Platz und Oxfordstraße die entscheidende Ost-West-Route im Radverkehr. Seit der Sperrung der Nordbrücke hat sich der Radverkehr auf der Strecke mehr als verdoppelt, viele Bürger:innen sind auf das Fahrrad umgestiegen.

Dennoch haben Stadtverwaltung und Stadtrat einen großen Teil der in den letzten Jahren unter Beteiligung der SPD geschaffenen sicheren Radverkehrsanlagen auf der Oxfordstraße entfernt, nur um zusätzliche Aufstellflächen für den Autoverkehr zu schaffen. In Folge werden Radfahrer:innen mit völlig unzureichendem Abstand überholt und auf die gefährliche Umleitung über Thomas-Mann-Straße (Straßenbahnschienen) oder Friedensplatz (Busbahnhof mit Dutzenden Linien) gezwungen. Die Unfallgefahr ist massiv gestiegen, erste kleinere Unfälle sind bereits passiert.

Das Verwaltungsgericht Köln hat vorgestern im Eilverfahren den Klagen gegen die Verschlechterungen für den Radverkehr stattgegeben und bezeichnet die Maßnahmen der Stadt als vermutlich „offensichtlich rechtswidrig“.

Die aktuell gefährliche Situation muss nun hier (und auf der Adenauerallee) unverzüglich beseitigt werden, die Stadt darf nicht mit einer Revision versuchen, Zeit zu schinden.

Die SPD hat die sicheren Radverkehrsanlagen in der Zeit von 2020-2025 mit geschaffen. Auf der Mitgliederversammlung 2025 zur Frage, welche Kooperation/Koalition die SPD nach der Kommunalwahl eingehen soll, wurde explizit festgehalten, dass die SPD für eine Rückabwicklung einer progressiven Verkehrspolitik nicht zur Verfügung steht. Der Oberbürgermeister nutzt nun aber die Sperrung der Nordbrücke genau für dieses konservative Rollback aus. Trotz Haushaltssperre werden erhebliche Geldmengen genutzt, um die verkehrliche Situation z.B. für Kinder und Jugendliche zu verschlechtern.

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts hat die SPD nun erneut die Möglichkeit, die von der Mitgliederversammlung vorgegebene Politik in den kommunalen Gremien umzusetzen. Ein Weg aus dem Stau der nächsten zwei Jahre kann nur aus einem attraktivem Angebot für ÖPNV, Rad- und Fußverkehr bestehen. Stehen diese im Stau der Autos oder werden zu gefährlich, wird jede Alternative zerstört.

Andere Städte machen es vor, wie eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik aussieht, nur Bonn baut seine Stadt autogerecht um. Die SPD steht für diesen Irrweg nicht zur Verfügung.

Ich unterstütze die Einbringung des Initiativantrags: